

**Stadt Karlsruhe
- Ortsverwaltung Neureut -**

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen des ORTSCHAFTSRATES

am **21. Februar 2017** (Beginn **19.00** Uhr; Ende **21.20** Uhr)

im **Rathaus Neureut, Sitzungssaal**

Vorsitzender: **Ortsvorsteher Jürgen Stober**

Zahl der anwesenden Mitglieder: **19** (Normalzahl **20** Mitglieder)

Namen der **nicht anwesenden** Mitglieder:

Dieter König (V)

Schriefführerin: **Annette Gerold**

Sonstige Verhandlungsteilnehmer: **Hauptamtsleiter Achim Weinbrecht
Rechnungsamtsleiter Dieter Jänicke
Bauamtsleiterin Patricia Arnold**

Zu TOP 1: **Karin Lorenz,** Stadtplanungsamt Stadt
Karlsruhe

Zu TOP 2: **Maria Dehmer, TRANSNETBW
Herr Lemm, TRANSNETBW
Frau Preuß TRANSNETBW**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **07.02.2017** ordnungsgemäß eingeladen, und
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Verhandlung am **09.02.2017** ortsüblich bekannt gemacht worden ist.

Hierauf wurde in die Beratung eingetreten und folgendes beschlossen:
Die Beschlussfähigkeit des Gremiums wurde vor der Behandlung des jeweiligen Tagesordnungspunktes festgestellt.

*) Der Abwesenheitsgrund wird in der Klammer durch die Kurzzeichen (K) = krank, (V) = verhindert mit Entschuldigung, (U) = unentschuldigt ferngeblieben, angegeben.

Zu Punkt 1 der T.O.: **Bebauungsplan GE Gottesauer Feld - aktueller Stand
schriftliche Vorlage Nr. 6 /2017**

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Karin Lorenz vom Karlsruher Stadtplanungsamt recht herzlich.

Sie liefert einen Bericht zum aktuellen Stand zum Bebauungsplan Gottesauer Feld. Zuvor erläutert der Vorsitzende, dass das Gebiet des zukünftigen Bebauungsplans Gottesauer Feld westlich der Grabener Straße liege und mittig durch den Nordzubringer von der Linkenheimer Landstraße in Richtung B 36 geteilt werde. Dieser Planbereich stehe schon seit Jahren im Fokus der Politik und der Planer, denn der weitere Bedarf an Gewerbeflächen auf Karlsruher Gemarkung stehe außer Zweifel. Von daher bleibe die Ausweisung von Gewerbeflächen auch das Hauptziel dieses Bebauungsplanverfahrens. Nun solle es aber am westlichen Rand durch neue Wohnflächen ergänzt werden.

Eine Weiterentwicklung der bestehenden Wohnbebauung an dieser Stelle ist auch im Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept Neureut 2020 als ein Ziel/Ergebnis aus den Fokusgruppen formuliert.

Ein weiteres Detail führt der Vorsitzende an, nämlich dass sich der Ortschaftsrat bereits in seiner Sitzung im Dezember 2015 als mittelfristiges Ziel dafür ausgesprochen habe, eine Freifläche für den Neubau eines Rettungszentrums auszuweisen. Eine flächenscharfe Verortung sei bisher nicht erfolgt, da einerseits der genaue Platzbedarf mit Ausnahme der Feuerwehr, die eine Grundfläche von 3000qm benötigt, noch nicht benannt werden könne. Gleichwohl ist ein derartiges Rettungszentrum für Feuerwehr, DRK und DLRG in einem Gewerbegebiet grundsätzlich zulässig, sofern die allgemeine Zweckbestimmung des Gewerbegebietes grundsätzlich erhalten bleibe.

An Hand eines Planes stellt Karin Lorenz die geplante Erweiterung dar. Insgesamt seien es ziemlich kleine „Handtuchgrundstücke“, alles im Moment Ackerflächen, präsentiert sie mit einem Luftbild den Bereich. Erweiterungsflächen seien für die Firma Stober im Bebauungsplan vorgesehen. Der Bebauungsplan-Vorentwurf zeigt die gegenwärtige Wohnbebauung im Bestand, der nun ergänzt und um drei mögliche Baufenster erweitert werden solle. Zudem soll ein daran anschließendes Gewerbegebiet ein eingeschränktes Gewerbegebiet werden und damit Rücksicht auf die bereits vorhandene Bebauung nehmen. Deshalb gebe es eine bereits jetzt vorhandene dazwischen liegende Grünfläche, die auch etwas erweitert werden solle.

Es sind entsprechende Festsetzungen vorhanden, sodass es in diesem Bereich nur nicht störendes Gewerbe geben dürfe. Neben der Erweiterungsfläche der Firma Stober wird es frei angeordnete Flächen für Gewerbe geben. Die bereits dort vorhandene Straßenspange sei anbaufrei, das heißt von dort ist keine Erschließung der Gewerbeflächen möglich. Deshalb sind sowohl im nördlichen als auch im südlichen Teil eine Erschließungsachsen geplant. Von dort aus müssen dann die Gewerbegebiete erschlossen werden.

Durch einen Randbereich werde ein neuer Ortsrand mit einer entsprechenden Begrünung entstehen, so Karin Lorenz weiter. In diesem Bereich ist bereits jetzt ein Feldweg als Abschluss vorhanden. Es sollen auch die benötigten Ausgleichsflächen mit Neupflanzungen von Bäumen etc. geschaffen werden. An einer vorhandenen Hangkante, wo auch noch Wohnbebauung denkbar gewesen wäre, sei dies auch aus Arten- und Naturschutzgründen problematisch und werde nicht weiter verfolgt. Vorgesehen ist in einem hinteren Bereich eine unterirdische Regenwasserbehandlungsanlage, die notwendig sei, um die Entwässerung unbedenklich in das Gewässer vorzubereiten. Entsprechende Festsetzungen wie Begrünungs- und weitere Maßnahmen werden im Laufe des Verfahrens mit aufgenommen werden. Es sind Bäume in den Straßenräumen vorgesehen, um in den Gewerbegebieten als einzige Möglichkeit einen Ausgleich schaffen zu können. Zum Rettungszentrum unterstreicht sie, dass es theoretisch an jeder Stelle im Gewerbegebiet verortet sein könne, weil dies im Gewerbegebiet auch grundsätzlich möglich sei. Der Wunsch nach einer genauen Verortung könne im Rahmen der Weiterbearbeitung gesehen werden.

Trotz der Flächen in Kirchfeld Nord sei es nötig, weitere Gewerbeflächen in Karlsruhe zu schaffen, begrüßt **Fraktionsvorsitzender Karsten Lamprecht** für die **CDU** die Vorstellung des Gewerbegebietes. Dies sei gerade auch in Neureut wichtig. Es ist ein Anliegen seiner Fraktion, dass die Flächen gerade auch für kleinere Gewerbebetriebe nutzbar sein sollten, was auch bereits zugesagt wurde. Die in Kirchfeld Nord vorhandenen Flächen seien für kleinere und mittelständische Unternehmen zu groß. Beim nun vorgestellten Gewerbegebiet würde man sich freuen, wenn die Grundstücke im Rahmen des Bebauungsplanes auch kleiner gefasst werden könnten, um diesen Betrieben eine Ansiedelung zu ermöglichen.

Ein besonderes Anliegen, betont Lamprecht weiter, sei das Rettungszentrum, was die CDU-Ortschaftsratsfraktion damals bereits im Ortschaftsrat beantragt habe. Hierfür sollte auf jeden Fall ein fester Punkt bereits jetzt im Bebauungsplan

vorgesehen werden, untermauert er. Denn für das Rettungszentrum sei es unheimlich wichtig, wie es angefahren werden könne. Gespräche mit der Branddirektion und Freiwilliger Feuerwehr Neureut seien bereits geführt, deshalb sei es sehr wichtig, einen festen Bereich zuzuweisen, um kurze Wege und Zeiten gewährleisten zu können.

SPD-Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an, was die Verortung des Rettungszentrums anbelange – dies werde sich in der weiteren Planung konkretisieren. Ihre Fraktion begrüße die hier entstehende Wohnbebauung sehr, wo vielleicht auch die Möglichkeit von wohnortnahem Arbeiten im Gewerbegebiet geschaffen werde. Auch gehe die Planung sicher schneller voran als bei anderen Ausweisungen von Wohnbauflächen, sodass man einige Einheiten an bezahlbaren Wohnungen in näherer Zukunft haben werde. In wieweit der dritte geplante Riegel naturschutzrechtlich vertretbar sein werde, werde sicher weiter geprüft werden!

Für die **Grünen** betont **Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt**, es liege eine sehr gut durchdachte Wegführung in diesem Gebiet vor und lobt die Planung dafür. Diese lasse relativ breite Baumareale zu, was aus Sicht der Grünen auch wichtig sei. Insgesamt sei es immer eine Abwägung, denn einerseits verliere man wichtige Flächen, andererseits müsse auch Gewerbe sein. Man sei froh über die einigermaßen maßvolle Bebauung mit den drei zusätzlichen Wohneinheiten. Auch signalisiert sie Unterstützung für das Anliegen, das Rettungszentrum müsse priorisiert an einer Stelle liegen, die sich möglichst nahe am Aus- bzw. Einfahrtbereich des Gebietes befinde.

Ortschaftsrat Ole Reher schließt sich für die **FDP-Fraktion** ebenso seinen Vorrednern an, erinnert jedoch daran, dass die weiteren Institutionen erst prüfen müssen, ob von ihnen ein Rettungszentrum realisiert werden könne. Natürlich würde seine Fraktion ein Rettungszentrum für Neureut mit schneller Anbindung an die B 36 begrüßen.

Ergebnis:

Der Ortschaftsrat nimmt die Ausführungen zum Bebauungsplan GE Gottesauer Feld zustimmend zur Kenntnis.

**Zu Punkt 2 der T.O.: 380-kV-Netzverstärkung Weinheim-Karlsruhe
hier: Trassenführung im Bereich Neureut
schriftliche Vorlage Nr. 7 /2017**

Viel Information zum geplanten Stromnetzausbau geben Vertreter der Firma TRANSNETBW, die mit dem Netzausbau in der Region beauftragt ist, dem Gremium. Da sich das Thema als äußerst komplex darstellt, ist es auch in der Sitzung teilweise kontrovers diskutiert worden. Bereits zuvor hat sich der Technische Ausschuss und die Ortsverwaltung auf Verwaltungsebene über das Thema informiert, beraten und Trassenvarianten für den Neureuter Bereich vorgeschlagen, die von TRANSNETBW geprüft werden. Ins Thema einfürend, weist der Vorsitzende darauf hin, dass im Zuge des Netzausbaus für die Energiewende die Firma TRANSNETBW auf dem rund 73 Kilometer langen Abschnitt zwischen Weinheim und Karlsruhe plane, die bestehende 220 kV-Fernleitung zu verstärken und auf 380 kV umzustellen. Zusätzlich sollen auch die Umspannwerke Weinheim, Mannheim, Altlußheim und Karlsruhe-Daxlanden auf 380 kV umgebaut werden. Dazu wurde auch bereits die Stadtverwaltung Karlsruhe bis hin zum Planungsausschuss informiert und Vorstellungen für einen Trassenkorridor mit einer Breite von einem Kilometer unterbreitet und zur einstweiligen Kenntnis genommen. Nach ersten Informationen des Ortschaftsrates im Januar durch die Firma TRANSNETBW sollen die Politiker und auch Mitbürgerinnen und Mitbürger über die aktuelle Vorplanungsphase sowie das Prozedere insgesamt bis zu einem Abschluss des Verfahrens informiert werden. Da es sich um ein länderübergreifendes Projekt handelt, ist die Bundesnetzagentur die genehmigende Behörde. Zur Genehmigung bedarf es umweltplanerischer Voruntersuchungen, die Ermittlung eines Trassenkorridorvorschlags mit eventuellen Alternativen und vieles mehr.

Wichtig sei, so der Vorsitzende, dass die bestehende Trasse vorerst Favorit bleibe.

Ebenso sei ein Infomarkt für die Stadt Karlsruhe natürlich mit Neureut, Knielingen und auch Daxlanden, die alle von den absehbaren Maßnahmen betroffen sein werden, wichtig.

Der Infomarkt finde am 4. April 2017 in der Badnerlandhalle statt. Darauf werde in der Presse, auch in den „Neureuter Nachrichten“, hingewiesen werden.

Der Antrag an die Bundesnetzagentur solle nun erst im Sommer und nicht bereits im März, wie ursprünglich anvisiert, eingereicht und das Verfahren eröffnet werden.

An Hand einer Power-Point-Präsentation erläutert **Maria Dehmer, Projektsprecherin** bei TRANSNETBW, den aktuellen Stand der Vorplanungen, der eine Erhöhung der Übertragungskapazität im Raum Frankfurt- Karlsruhe durch Umstellung des 220-kV-Netzes auf 380 kV vorsehe. Dabei stellt sie das Unternehmen vor und gibt eine Übersicht des Gesamtprojektes URBERACH-WEINHEIM-KARLSRUHE, das eine Erhöhung der Übertragungskapazität im Raum Frankfurt- Karlsruhe durch Umstellung des 220-kV-Netzes auf 380 kV beinhaltet und als Vorhaben Nr. 19 im Bundesbedarfsplangesetz steht. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt von TransnetBW und Amprion und umfasst ca. 140 Kilometer, davon ca. 73 km im Netzgebiet der TransnetBW mit den Maßnahmen M 31-34 zwischen Weinheim und Karlsruhe, und ca. 66 km im Netzgebiet von Amprion mit der Maßnahme M 60. Es gibt drei Abschnitte: Urberach-Weinheim, Weinheim-Altlußheim, Altlußheim-Karlsruhe sowie insgesamt sechs umzubauende Umspannwerke, u. a. Karlsruhe-Daxlanden. Es handele sich um ein länderübergreifendes Projekt mit Bundesnetzagentur als genehmigender Behörde. Die Inbetriebnahme ist für 2022 anvisiert.

Das Planungsprinzip beruhe auf NOVA - Netz Optimierung vor Verstärkung vor Ausbau.

Zudem führt sie beim Genehmigungsverfahren, im Laufe dessen sich die Bürgerschaft einbringen kann, die Zuständigkeiten, Ziele mit der Bundesfachplanung und als Ergebnis die Aufnahme des Trassenkorridors in den Bundesnetzplan, an.

Zu den laufenden umweltplanerischen Voruntersuchungen erläuterte **Frau Preuß** von der TRANSNETBW, gehören die Ermittlung der Leitungskategorien, der Raumwiderstände, der nutzbaren Leitungen und der Bündelungsoptionen. Zur laufenden Trassenkorridorfindung sind die Ermittlung des Trassenkorridorvorschlags der Vorhabenträgerin sowie die Ermittlung von Alternativen notwendig.

Der genaue Verlauf der Trasse stehe noch nicht fest, so Maria Dehmer. Denn es handle sich um eine schwierige Gemengelage. Schritt für Schritt wolle man sich der endgültigen Lösung annähern. Nach Start des Verfahrens gibt es eine reguläre Beteiligung. In der Bundesfachplanung und dem Planfeststellungsverfahren ist vorgesehen, dass sich Bürger und Kommunalpolitik einbringen können.

Bei der Diskussion in der Sitzung wünscht sich **Ortschaftsrat Klaus Bluck (parteilos)**, dass die Vorschläge bzw. Punkte, die sich der Ortschaftsrat dazu ausgedacht habe, auch aufgenommen werden. Bisher sei dies bei der Vorstellung noch nicht der Fall gewesen. Diese gehe dann ins Detail, was Neureut betreffe und nur darüber könne im Ortschaftsrat gesprochen werden.

Die vom Ortschaftsrat und Ortsverwaltung erarbeiteten Vorschläge werden dann in der Sitzung präsentiert.

Ortschaftsrat Ole Reher meinte, man habe bei dem Vortrag viel Interessantes gehört, wie bereits auch in der Sitzung des Technischen Ausschusses viel über Trassenvarianten diskutiert wurde. Die nun aufgelegte Variante, wo der Trassenverlauf hinter dem Baggersee Schempp verlaufe, sehe der Ortschaftsrat, was Neureut betreffe, als am unproblematischsten von allen Varianten an - wohlwissend, dass TRANSNETBW auch eine andere Lösung ins Auge fassen könnte. Für die FDP sowie sicher auch für einige Ortschaftsratskollegen sei es gut vorstellbar, auf der alten Trassenführung im Bereich Altrhein weiter zu verfahren, ohne dass an der B 36 womöglich in Nähe einer Wohnbebauung von Neureut eine Trasse geführt werden müsste, interpretiert er die aufgelegte, von Neureut vorgeschlagene Trassenvariante.

Ortschaftsrat Claudius Kirchenbauer dankt für die Informationen und dass der Ortschaftsrat so früh das Verfahren begleiten dürfe. Es wäre wünschenswert, die vorhandene Trasse so zu ertüchtigen, damit keine weitere andere Trasse gebraucht werde.

Großen Anklang finde bei seiner Fraktion auch der Vorschlag der FDP-Fraktion, über den Abzweig nach Westen nördlich über den Baggersee Schempp zugehen, um so weit wie möglich von Wohnbebauung und auch Kleingärten, fernzubleiben. Dabei wisse auch er, dass Raumwiderstände, wie Natur- und Landschaftsschutz mit eingeplant werden müssten. Seiner Fraktion wäre es am liebsten, die vorhandene Trasse ertüchtigen zu können, untermauert er.

Der Start der kommunikativen Beteiligung habe Neureut erst im Dezember erreicht, so **Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt**. Deshalb sehe man die Beteiligung gar nicht als frühzeitig an, nachdem sie bereits im März 2015 gestartet habe, weist sie darauf hin. Dennoch bleibe genügend Zeit, da man jetzt in der Vorplanung sei. Zum Infomarkt wollte sie wissen, ob vom Bundesumweltamt für

Strahlenschutz die Strahlenschutzthematik erläutert werde. Außerdem erfolgt der Hinweis auf die Möglichkeit einer Erdverkabelung, auch für Wechselstrom.

Sie spricht ebenso die unterschiedlichen Abstände von Trassen inner- bzw. ausserorts in anderen Bundesländern an.

Zur „Erdkabelthematik“ gibt Maria Dehmer eine klare Botschaft: Bitte verwechseln Sie nicht Gleich- mit Wechselstrom! Für Gleichstrom gebe es momentan einen Erdkabelvorrang im Gesetz. In Deutschland existiere jedoch keine gesetzliche Grundlage für Erdverkabelung von 380 kV Wechselstrom, unterstreicht sie abermals. Eine unabhängige Expertin stehe beim Infomarkt zum Thema Strahlenschutz bereit, gibt sie bekannt.

Fraktionsvorsitzende Barbara Rohhuber stellt dar, auch ihre Fraktion habe die Idee der Trassenführung über den Baggersee Schempp auf die alte Trasse zurück gehabt, mit dem ergänzenden Vorschlag, dass zur Entlastung des Naturschutzgebietes am Kleinen Bodensee die Trasse dann parallel zum Naturschutzgebiet nach Süden geführt und so spät wie möglich nach Westen umgelenkt werden solle.

Im Verlaufe der Diskussion verdeutlicht Maria Dehmer mit einem Plan von 1956 – seitdem existiert die Trasse, wie die Entwicklung des Raumes im Bereich Eggenstein-Leopoldshafen, Neureut und Karlsruhe fortgeschritten ist. Kommunen entwickeln sich, die Bevölkerung wachse, die Infrastruktur entwickle sich und muss damit weiterentwickelt werden. Auch eine solche Leitung müsse sich entwickeln, muss größer werden, meint sie.

Es gehe darum, so **Ortschaftsrat Klaus Bluck**, dass die alte Trasse im westlichen Bereich für eine neue Trasse über die B 36 aufgegeben werde, die dann entsprechend den Vorschlägen aus Neureut, wieder auf die alte Trasse komme. Es gehe auch um die stückweise Aufgabe der alten Trasse im nördlichen Teil von Neureut. Im südlichen Teil von Neureut gehe der dargestellte Korridor über bebauten Gebiet – dies müsse korrigiert werden, so Bluck.

Herr Lemm von TRANSNETBW macht deutlich, dass es sich bei dem Gezeigten um einen Planungsstand handle. Er könne nicht versprechen, dass die Bestandstrassen aufgegeben werden. Natürlich werde die Trasse nicht über bebauten Gebiet verlaufen, da dies nicht gesetzeskonform sei. Dort sind drei Leitungen vorhanden: 110 kV, 220 kV, die entfallen könnte, während die 380 kV vorerst erhalten bleibe. Es erfolge eine Entlastung von drei auf zwei Leitungen in diesem Bereich während die geplante Leitung dort herumverlaufe.

Man sei im Vorplanungsstadium, unterstreicht Maria Dehmer nochmals. Die TransnetBW müsse im Verfahren Varianten vorschlagen, das heißt, sie müsse die beste Variante beurteilen und Alternativen hierzu aufzeigen. Was dann die Bundesnetzagentur als beste Variante bewerte, werde dieses entscheiden. Dafür werde sie im ersten verfahrensschritt ein „Hausaufgabenheft“ für die TRANSNETBW anlegen. Deshalb sei es wichtig, bei Beginn des Verfahrens, sich bei der Antragskonferenz einzubringen, appelliert sie an den Ortschaftsrat. Und zwar mit den Punkten, die jetzt in der Vorplanung angebracht worden sind – unabhängig davon, was im Antrag der TANSNETBW stehen werde. Das werde gehört werden und in den Untersuchungsrahmen in irgendeiner Form einfließen.

Der Vorsitzende bekräftigt, dass die vom Ortschaftsrat eingebrachten Änderungen des Verlaufs unbedingt mit betrachtet werden sollen, da diese die geringsten Auswirkungen auf Neureut darstellen. Sie sollen auch beim Infomarkt präsentiert werden, um somit gemeinsam mit den Experten zu einem gesetzeskonformen Korridor kommen zu können.

Ergebnis:

Die Bevölkerung kann sich beim von der TRANSNETBW veranstalteten Infomarkt am 4. April in der Badnerlandhalle über die verschiedenen Korridore informieren und ihre Meinung dazu äußern.

Zu Punkt 3 der T.O.: **Prüfung von Neureuter Flächen auf Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet (LSG) bzw. Flächenhaftes Naturdenkmal (FND)**
Hier: Antrag der Grünen Fraktion des Neureuter Ortschaftsrates vom 20.01.2017
schriftliche Vorlage Nr. 8 /2017

Zur Tagesordnung fragt **Ortschaftsrat Herbert Böllinger** nach, ob es vor Bearbeitung des Punktes möglich sei, eine graphische Darstellung des Beratungsergebnisses des Gemeinderates vom 07.02.17 zur Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2030 Schwerpunkt Wohnen aufzulegen. Zudem will er wissen, ob die dem Tagesordnungspunkt beigefügte Abbildung zum Antrag der Grünen-Ortschaftsratsfraktion ebenfalls aufgelegt werden könne?

Dies wird in der Folge überprüft und das Beratungsergebnis des Gemeinderats aufgelegt. Die Graphik/Bild des Antrags der Grünen steht der Ortsverwaltung nicht zur Verfügung.

Bereits in der Vorlage zur Sitzung, so der Vorsitzende, sei erwähnt, dass die Stadt Karlsruhe wie auch der Karlsruher Gemeinderat bei seinen Beratungen zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 Schwerpunkt „Wohnen“ am 7. Februar signalisiert habe, zur Sicherung des Freiraumes im Bereich zwischen Neureut, Neureut-Heide und Nordweststadt die Ausweisung als Landschaftsschutzgebiet unterstützen. Damit sei dem Antrag bereits Rechnung getragen worden, meint der Vorsitzende einleitend.

Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt erläutert, sie habe in ihrem Antrag darauf hingewiesen, dass eine Bebauung im Rahmen des Flächennutzungsplanes erst nach erfolgter Prüfung der Flächen erfolgen dürfe. Es sei ein großes Anliegen - da in Neureut viele „Kleinode“ - vorhanden seien, vor einer Entscheidung den Status geklärt zu haben, ob diese Flächen schutzwürdig bzw. – bedürftig seien, was mehrere Bereiche betreffe. Dabei seien Bereiche, die als LSG bzw. FND ausgewiesen werden, dementsprechend aus der Realisierung des Flächennutzungsplanes zu streichen und werden keiner Bebauung zugeführt. Spätestens seit der von den Grünen Ende Januar angebotenen Exkursion wisse man, dass seit 30 Jahren bereits Gutachten vorliegen, die diese Bereiche als schutzwürdig ausgewiesen hätten. Neu komme jetzt noch der Bereich der kleinen „Toskana“ als flächenhaftes Naturdenkmal dazu. Hier seien bedeutende Rote Arten-Vorkommen.

Auch **Fraktionsvorsitzende Barbara Rohrhuber** bekennt, dass ihrer Fraktion die „Toskana“ sehr am Herzen liege und sie urteilt, dass hier eine Schutzwürdigkeit eher machbar sei. Deshalb sei es zielführend, hierüber getrennt abzustimmen. Damit sei eher eine Mehrheit zu bekommen als über den allgemein gefassten „Großantrag“ der Grünen, schlägt sie vor. Denn manchmal könne eine Ausweisung Jahrzehnte dauern. Zudem weist sie darauf hin, dass im Zuge der Flächenprüfung sowieso eine Abwägung der Belange des Naturschutzes erfolgen werde und dabei die Bereiche Oberfeld/Neubruch eventuell herausfallen könnten.

Der Ortschaftsrat habe sich über Monate hinsichtlich der Fortschreibung des Flächennutzungsplans unterhalten, diskutiert und dem Gemeinderat Vorschläge unterbreitet, so **Ortschaftsrat Herbert Böllinger**. Diese haben Berücksichtigung gefunden und es sei im weiten Umkreis des Heidesees keine Bebauung geplant. Man habe mehrheitlich Wohnbebauung beschlossen, um dadurch auch

die Trasse der Nordtangente zu verhindern, was vom Gemeinderat vernommen und weiter geprüft werde. Nun setze man sich mit dem Antrag der Grünen in Widerspruch zum eigenen Beschluss. Der Bereich Toskana sei vom Gemeinderat herausgenommen worden, was bedeute, hier werde nicht weiter eine Bebauung geprüft. Er plädiert dafür, wie seine Vorrednerin, den Antrag unbedingt zu beschränken und zu präzisieren. Man solle sich auf die „Toskana“ und die Umgebung des Heidesees konzentrieren, fordert er.

Eine ausgewogene Balance zwischen notwendig zu erhaltenden Grünflächen einerseits und dem Wunsch nach ausreichenden Wohnbauflächen andererseits, sei ihrer Fraktion bei der Auswahl der Prüfflächen zum Flächennutzungsplan besonders am Herzen gelegen, erinnert **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider**, auch um künftigen Generationen lebenswerte Zukunftsperspektiven zu erhalten. Ihrer Fraktion, der FDP, sei der Antrag der Grünen ebenfalls etwas zu weit gefasst, weil er Neureut für die Zukunft sehr enge Grenzen setze. Sie befürworte den Antrag, Unterfeld Ost in ein flächenhaftes Naturdenkmal umzuwidmen sowie den Bereich der Nordtangentrasse als Landschaftsschutzgebiet zu prüfen. Die im Gesamtantrag genannten Freiflächen seien jedoch zu weit gefasst und auch sie forderte, diese zu konkretisieren.

Grünen-Antragstellerin Dr. Stephanie Hugenschmidt signalisiert bereits im Verlauf der Diskussion, sie sei auch mit einer Einengung ihres Antrages zufrieden. Es gehe bei dem Antrag nur um die Prüfung der Flächen, appelliert sie.

In der Folge gibt es eine Diskussion über den Abstimmungsmodus. **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** zeigt sich unsicher, ob über den Antrag getrennt abgestimmt werden könne.

Ortschaftsrat Karsten Lamprecht zeigt sich überzeugt, über den weiter gehenden Antrag zuerst eine Abstimmung herbeizuführen.

Ortschaftsrätin Dr. Stephanie Hugenschmidt signalisiert als Antragstellerin, dass man auch mit einer Einengung des Antrags leben könne. Sie zeigt sich in der Folge einverstanden mit einer getrennten Abstimmung.

Ortschaftsrat Jürgen Marin resümiert während der Diskussion, es liege die Zustimmung der Antragsteller über eine getrennte Abstimmung vor, zudem habe es keinen Widerspruch zu der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Vorgehensweise gegeben.

So kommt es bei der getrennten Abstimmung zu folgenden

Beschlüssen:

Beschluss 1:

Mehrheitlich (15 Nein-Stimmen, vier Ja-Stimmen) lehnt der Ortschaftsrat eine Prüfung der Flächen des gesamten Bereiches des Grünbandes, im Nordwesten (Oberfeld, Neubruch) bis zum Grünen Weg als Landschaftsschutzgebiet ab.

Bei 12 Nein-Stimmen, 5 Ja-Stimmen sowie 2 Enthaltungen kommt es, nach einmal wiederholter Beantragung der Abstimmung durch den Vorsitzenden, mehrheitlich zu

Beschluss 2:

Der Ortschaftsrat lehnt die Prüfung der Sanddüne, Heidesee und des Grünen Weges West als Flächenhaftes Naturdenkmal ab.

Ortschaftsrätin Barbara Rohrhuber formuliert anschließend einen Änderungsantrag, der mit 18 Ja-Stimmen sowie einer Nein-Stimme entschieden wird, so dass es mehrheitlich zu folgendem

Beschluss kommt:

Der Ortschaftsrat fordert die Ausweisung des Gebietes Grüner Weg West als Flächenhaftes Naturdenkmal und Landschaftsschutzgebiet.

Zu Punkt 4 der T.O.: **Herausnahme der Nordtangenten-Trasse auf der Gemarkung Karlsruhe-Neureut aus dem Regionalplan**
Hier: Antrag der Grünen Fraktion des Neureuter Ortschaftsrates vom 24.01.2017
 schriftliche Vorlage Nr. 10 /2017

Die Nordtangentrasse solle auf Neureuter Gemarkung aus dem Regionalplan herausgenommen werden – nach einem weiteren Antrag- der Grünen-Ortschaftsratsfraktion. Denn diese sei politisch noch lange nicht vom Tisch, begründet **Fraktionsvorsitzende Dr. Stephanie Hugenschmidt** den Antrag. Zumal sich dies in den Diskussionen über künftige Wohnbebauung in Neureut gezeigt habe. Der Vorsitzende macht aber auch deutlich, dass dazu der städtische Gemeinderat bereits in seiner Sitzung am 7. Februar darüber beraten habe. Dabei hatte Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup bekundet, er wolle sich beim

Regionalplanverband für die Herausnahme der Freihaltetrasse für eine Nordtangente einsetzen.

Grünen – Ortschaftsrat Thomas Metzger unterstreicht zum Antrag, dass das Thema bereits seit Jahrzehnten den Ortschaftsrat beschäftige und dieser sich immer gegen eine Nordtangente durch Neureut ausgesprochen habe. Einerseits sei die Nordtangente im aktuellen Bundesverkehrswegeplan nicht mehr enthalten, andererseits aber weiterhin die Freihaltung der Nordtangente-Trasse für eine Straße im Regionalplan bestehe. Die Stadt Karlsruhe suche dringend Flächen für Wohnbebauung und führe gerade ein Verfahren mit Bürgerbeteiligung zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2030 durch. Einige der dadurch betroffenen Prüfflächen liegen an oder auf der Nordtangente-Freihaltetrasse.

Ortschaftsrätin Irene Moser betont, die SPD sei seit vielen Jahren gegen die Nordtangente und stimme deshalb dem Antrag gerne zu, zumal die Trasse nur bis 2029 aus dem Bundesverkehrswegeplan herausgenommen worden sei.

Auch **Ortschaftsrat Klaus Bluck** zeigt sich als jahrzehntelanger Nordtangente Contra-Aktivist erfreut über den Antrag und stimmt ihm zu. Auch im Hinblick auf die Anbindung einer zweiten Rheinbrücke meint er, dass die Diskussion um eine Nordtangente durch Karlsruhe noch lange nicht tot sei!

Ortschaftsrat Claudius Kirchenbauer sieht mit der Herausnahme für seine Fraktion - CDU - keine Probleme da dies schon lange Jahre Beschlusslage des Ortschaftsrats sei.

Im Ortschaftsrat habe immer Konsens geherrscht, die Nordtangente in Neureut zu verhindern, so **Ortschaftsrätin Brigitte Schmider** abschließend. Selbstverständlich befürworte die FDP - Fraktion den Antrag.

In Zusammenfassung der Aussprache kommt es einstimmig zu folgendem

Beschluss:

Der Ortschaftsrat beantragt die Herausnahme der Nordtangente-Trasse auf der Gemarkung Karlsruhe-Neureut aus dem Regionalplan.

Zu Punkt 5 der T.O.: Bekanntgaben der Ortsverwaltung**5.1 Der Vorsitzende informiert:**

- zur in Neureut ausgebrochenen Vogelgrippe im Neureuter Vogelpark, dass weitere Beprobungen negativ ausgefallen seien und somit eine kleine „Entwarnung“ gegeben werden könne. Dennoch erfolgen weitere Beprobungen. Sollten diese wiederum negativ ausfallen, könne der Sperr- bzw. Beobachtungsbezirk Mitte März aufgehoben werden.
- die Buslinie 71 wird ab Montag, 6. März auf Initiative des Elternbeirates und der Schulleitung, die Schüler an der Südschule nicht mehr nur mittags dort abholen sondern bereits zu Schulbeginn am Vormittag eine Linie über die Südschule vom Heidehof fahre. Diese Busse verkehren dann parallel Richtung Hagsfelder Werkstätten bzw. Südschule.

Zu Punkt 6 der T.O.: Anfragen und Anregungen aus dem Ortschaftsrat

6.1 Ortschaftsrätin Brigitte Schmider bittet um einen aktuellen Sachstand zur Nachmittagsbetreuung an den Neureuter Schulen, in welcher Schule wie viele Kinder entsprechend den verschiedenen Angeboten betreut werden.

Antwort:

Die Anregung wird aufgegriffen und es wird in einer der nächsten Ortschaftsratssitzungen darüber berichtet werden.

Der Vorsitzende

Die Protokollführerin

Die Urkundspersonen: